

## **V-1 Für eine gerechte und solidarische Migrationspolitik: Menschlichkeit statt Abschottung**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 14.12.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1 Wir als GRÜNE JUGEND fordern eine (menschen-)rechtsbasierte Asylpolitik und eine  
2 gerechte und solidarische Integration auf Augenhöhe.

3 In den vergangenen Jahren hat sich die Asylpolitik in Deutschland und Europa  
4 massiv verschlechtert. An den europäischen Außengrenzen sterben nach wie vor  
5 täglich Menschen. Rechtswidrige Pushbacks und weitere Menschenrechtsverletzungen  
6 gegen Geflüchteten durch staatliche Institutionen sind an der Tagesordnung.  
7 Internationale Abkommen der EU, wie z.B. das mit der libyschen Küstenwache,  
8 liefern Geflüchtete den Händen von kriminellen Schleppern aus und führen zu noch  
9 mehr Leid und noch mehr Toten. In Deutschland wurden der Zugang zu Asylverfahren  
10 und die Aufnahmebedingungen für Geflüchtete durch anlasslose Grenzkontrollen und  
11 die Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber\*innen unter dem Deckmantel der  
12 Terrorismus-Bekämpfung weiter erschwert. Bürokratische Hindernisse, lange und  
13 teilweise menschenunwürdige Lebensverhältnisse, fehlende finanzielle Mittel,  
14 sowie der fehlende politische Wille führen dazu, dass die Integration der  
15 Menschen, die in Deutschland und Europa Zuflucht finden, unnötig erschwert wird.  
16

17 Die deutsche und europäische Asylpolitik ist eine Politik der Abschottung, der  
18 Illegalität und der Unmenschlichkeit, die dem falschen und mehrfach  
19 wissenschaftlich widerlegten Mythos folgt, dass durch Abschottung und  
20 Grausamkeit Flucht und Migration reduziert werden könne. Wir tragen diese  
21 Politik nicht mit und fordern die Grüne Partei auf, wo immer sie in Regierungen  
22 und Parlamenten in Verantwortung ist, weitere Einschränkungen der Rechte von  
23 Asylbewerber\*innen abzulehnen und entgegenzutreten

24 Die Debatte in Deutschland ist von menschenfeindlichen und populistischen Ideen  
25 dominiert. Sie wird durch gezielte Desinformationskampagnen geprägt und wird der  
26 Notwendigkeit einer solidarischen Migrationspolitik nicht gerecht.

27 Wir fordern, Politik für alle Menschen zu machen und den Schwerpunkt der Debatte  
28 auf die Verbesserung der Integration sowie auf die Verbesserung der

29 Fluchtumstände und der wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen zu legen, anstatt  
30 dem Rechtspopulismus, der ohne gesellschaftliche Problemen zu lösen die  
31 Migration begrenzen möchte, nachzugeben.

32 Das Recht auf ein faires und unvoreingenommenes Asylverfahren mit zeitnahen  
33 Entscheidungen ist für das Ankommen und Einleben in Deutschland Voraussetzung  
34 und muss das politische Ziel sein. Das umfasst unter anderem den barrierearmen  
35 Zugang zu Bildung und Wohnraum, sowie Arbeitserlaubnis, Sozialleistungen und  
36 soziale Teilhabe. Dazu gehören unter anderen Investitionen in Sprachkurse,  
37 Schul- und Erwachsenenbildung, sowie Flüchtlingsunterkünfte. Auch gegen  
38 systematische Diskriminierung und rassistische Gewalt muss aktiv vorgegangen  
39 werden.

40 Deutschland und Europa müssen sich dafür einsetzen, sichere Fluchtwege zu  
41 schaffen. Mit eigenen Booten und Flugzeugen muss ermöglicht werden, dass  
42 Menschen aus Krisengebieten leicht fliehen können. Wir setzen uns auch für  
43 Sonderaufnahmeprogramme ein, wie z.B. aus Gaza oder dem Libanon. Das Sterben auf  
44 dem Mittelmeer muss beendet und Seenotrettung vollständig legalisiert werden.  
45 Frontex muss abgeschafft werden und haftähnliche Bedingungen in  
46 Flüchtlingslagern müssen sofort beendet werden. Menschenrechtsverletzungen an  
47 den EU-Außengrenzen müssen aufgedeckt, bestraft und systematisch verhindert  
48 werden.

49  
50 Wir lehnen Migrationsabkommen der EU mit Herkunft- und Transitländern von  
51 Geflüchteten ab, die einzig und allein dem Ziel dienen, Flucht nach Europa zu  
52 verhindern und/oder einzudämmen. Solche Abkommen sind aus den Erfahrungen mit  
53 Ländern wie Libyen, der Türkei und Tunesien erstens nicht wirksam, führen  
54 zweitens zu massenhaften Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten und  
55 finanzieren drittens kriminelle und autokratische Strukturen. Stattdessen  
56 braucht es internationale Zusammenarbeit, die Flucht und Migration ermöglicht  
57 und sie sicher und gerecht gestaltet. Wir lehnen das Konzept der "sicheren  
58 Drittstaaten" und "sicheren Herkunftsländer" ab und setzen uns für einen  
59 sofortigen, dauerhaften Abschiebestopp ein.

60 Deutschland und Europa haben im Bereich der globalen Partnerschaften unter  
61 anderem aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit, vor dem Hintergrund globaler  
62 Gerechtigkeit und Klimaverantwortung eine besondere Verantwortung und auch  
63 historische Schuld. Neben der solidarischen Migrations- und Integrationspolitik  
64 muss der Fokus zusätzlich auf der Bekämpfung der Fluchtursachen liegen - Dieser  
65 Verantwortung können Deutschland und Europa nur teilweise gerecht werden, indem  
66 nötige finanzielle Mittel in ausreichender Höhe entsprechend bereitgestellt  
67 werden. Die bisherige Konzeption der Entwicklungspolitik muss kritisch  
68 hinterfragt werden. Geld allein ist nicht die Lösung, sondern es Bedarf eines  
69 regen Wissenstransfers, einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Transparenz gegen  
70 Korruption, der Wahrung kultureller Identitäten, Friedenssicherung - im  
71 Allgemeinen einem Zugeständnis die Lebensbedingungen vor Ort drastisch zu

72 verbessern. Dabei müssen neokoloniale Abhängigkeiten vermieden werden.

73 Unser Ziel ist ein offenes Europa der Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt.

74 Gerade jetzt, wo diese Selbstveränderlichkeit der demokratischen Grundordnung von  
75 (rechten) Populist\*innen und Rechtsextremen bedroht wird, liegt es an uns, dieses  
76 zu schützen und zu verwirklichen.

77 Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. – Rücken wir die Menschlichkeit  
78 wieder in den Fokus der Gesellschaft und der Debatte!